

Zeitschrift: Der neue schweizerische Republikaner
Herausgeber: Escher; Usteri
Band: 3 (1800-1801)

Artikel: Abgabegesetz für das Jahr 1800 (Juni 1800 - Juni 1801), angenommen vom gesetzgebenden Rath in der Sitzung vom 13. Dez. 1800 [Fortsetzung]
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-542730>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 06.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der neue Schweizerische Republikaner.

Herausgegeben von Escher und Usteri.

Mittwoch, den 17 Dec. 1800.

Drittes Quartal.

Den 26 Frimäre IX.

**Abgabengesetz für das Jahr 1800 (Juni
1800 — Juni 1801), angenommen vom
gesetzgebenden Rath in der Sitzung vom
13. Dec. 1800.**

(Beschluß.)

35. Im Fall bey Verkaufen oder Schenkungen,
Leibrenten ausbedungen werden, so ist die Handände-
rungsgebühr folgende:

- a. Wann die Rente sich auf 4 o/o oder weniger von
der Capitalsumme belauft, wird davon wie von
einer Schenkung bezahlt.
- b. Wenn sie über 4 bis 8 o/o sich belauft, so wird
die Gebühr von der einen Hälfte der Capitalsumme
wie von einer Schenkung, und von der andern
Hälfte wie von einem Kaufe bezahlt.
- c. Wenn die Leibrente über 8 o/o von dem Capital-
werth sich belauft, so soll die Handänderungsge-
bühr wie von einem gewöhnlichen Verkaufe be-
zahlt werden.

36. Die Handänderungsgebühr muß wie folgt ent-
richtet werden:

Von Käufen, Tauschen und Schenkungen innert vier
Monaten vom Zeitpunkt an, wo solche der Mu-
nicipalität angezeigt werden.

Von Erbschaften innert 2 Monaten vom Zeitpunkt
an, wo die Erbschaft angenommen wird; der oder
die Haupterben sind gehalten, die Handänderung
zu entrichten; ihnen bleibt aber der Rückgriff auf
die Miterben. Im Fall dann wegen einer Erb-
schaft ein Rechtsstreit entstände, so soll die Gebühr
nichtsbeweniger, durch den oder die Haupter-
ben vor allem aus bezahlt werden.

Wo eine Nutznießung vorbehalten ist, da ist es an dem
Nutznießer die Gebühr zu bezahlen, jedoch unter

Vorbehalt der Abrechnung gegen den oder diejeni-
gen, welchen das Gut der Nutznießung nachher
anheimfallen sollte.

38. Von der Handänderungsgebühr, nicht aber von
der Pflicht der Einregistrierung und der wegen dieser zu
bezahlenden Schreibgebühr, sind ausgenommen:

- a. Die Liegenschaften welche die Regierung ankauft.
- b. Die Verkäufe, welche durch Fallimente oder ge-
richtliche Liquidationen geschehen.
- c. Die Handänderung zwischen Eheleuten, deren Gü-
ter nicht in Folge einer Ehescheidung getrennt
worden sind.
- d. Die Handänderungen und Verträge, aber nicht
die Verkäufe zwischen Eltern und ihren Kindern
oder zwischen Geschwisterten für ihr elterliches noch
unvertheiltes Erbgut.
- e. Die Erbschaften und Schenkungen in gerader
Linie.
- f. Die Schenkungen zum Besten öffentlicher Mildthä-
tigkeits- oder Unterrichtsanstalten.
- g. Die Schenkungen insgesamt, welche nicht den
Werth von 100 Fr. übersteigen.
- h. Die Schenkungen von Meistern an ihre Dienst-
boten, wenn sie wenigstens ein Jahr bey ihnen
im Dienst gestanden haben und die Summe von
400 Fr. nicht übersteigen. Was diese Summe
übersteigt, bezahlt die für Schenkungen bestimmte
Gebühr.
- i. Diejenigen Liegenschaften, welche innert 3 Jahren,
nachdem solche veräußert worden, von dem ehe-
vorigen Besitzer um den nemlichen Preis wieder
an die Hand genommen werden. Wird aber
ein Mehrwerth dafür bezahlt, so muß von solchem
die Gebühr entrichtet werden.
- k. Die Abtretungen welche von einem Antheilhaber

an einem ungetheilten Gute, an einen oder mehrere Mitbesitzer desselben ganz, oder zum Theil gemacht werden, das Gut mag durch Erbschaft, Schenkung oder durch Kauf an mehrere solche gemeinschaftliche Besitzer gekommen seyn.

In diesen Ausnahmen sind nicht begriffen, diejenigen, welche, nachdem sie ihren Antheil an einem ungetheilten Gute abgetreten haben, neuerdings solchen verkaufen, so wie diejenigen, welche Fremde, an den ursprünglichen Mitbesitzer eines ungetheilten Guts, nachwerts von einem der Antheilhaber von seinem Antheil ganz oder zum Theil erkaufen würden.

Abzug von den Entschädnissen der öffentlichen Beamten.

38. Alle im Dienst der Republik stehende und von ihr besoldete Beamte, welche eine jährliche Besoldung oder Entschädigung von 500 Fr. bis 1600 Fr. genießen, sind einem Abzug von 10% auf derselben unterworfen, und von 20% wenn die jährliche Besoldung oder die Entschädigung 1600 Fr. übersteigt.

39. Von diesem Abzuge sind ausgenommen: die Entschädigungen der Religions- und Schullehrer und der Professoren von allen Classen, die Gehalte der unter den Waffen stehenden Militärpersonen von jedem Grade.

Anordnung zur Ausführung dieses Gesetzes.

40. Die vollziehende Gewalt ist beauftragt, alle nöthigen Maßregeln und Verfügungen zur Vollziehung des gegenwärtigen Gesetzes zu treffen.

41. Sobald durch die Vollziehung gegenwärtiges Gesetz in Kraft gesetzt seyn wird, sind alle früheren ihm widersprechenden Gesetze und Beschlüsse aufgehoben.

(Verschiedene auf dieses Gesetz Bezug habende Actenstücke folgen im nächsten Stück.)

Kleine Schriften.

1) Adresse des Bernerischen Kirchenraths an den Vollziehungsausschuß der helvetischen Republik vom 14. Januar 1800. Bern, gedruckt bey Stämpfli 1800. 8. S. 8.

2) Einige Bemerkungen über den Zustand der Religion und ihrer Diener in Helvetien. Von P. F. Stapfer, Mi-

nister der Künste und Wissenschaften. Bern, gedruckt in der Nationalbuchdruckerey 1800. 68 S. 8.

3) Adresse des Bernerischen Kirchenraths an den helvetischen Vollziehungsausschuß, vom 19. Februar 1800. Bern bey Dbs. 8. S. 8.

(Wir entlehnen die Anzeige dieser 3, in unsern Blättern bisher nicht angezeigten Schriften, aus den *N. Theolog. Annalen* Jahrg. 1800. St. 44, 45.)

Von mehreren helvetischen Flugchriften dieses Jahres, die dem Rec. zugekommen sind, verdienen diese, zwar in sehr ungleichem Grade, die Aufmerksamkeit des Theolog. Publikums. Weit die wichtigste ist N. 2, die einer ausführlichen Anzeige werth ist, da sie einen Mann zum Verfasser hat, der zwar jetzt, den öffentlichen Nachrichten zufolge, zu Paris in gesandtschaftlichen Geschäften arbeitet, jedoch immer wieder zu dem wichtigen Posten eines Ministers des geistl. Departements in Helvetien, den er noch vor kurzem bekleidete, und der vielleicht nun noch nicht einmal erledigt seyn mag, zurückkehren kann. Die Grundsätze eines solchen Staatsmanns verdienen um so ernstlicher erwogen zu werden, da sie von so ausgebreitetem Einflusse sind; und Hr. Abt Henke hat deswegen nicht umsonst vor 7 Jahren die Grundsätze eines andern Ministers der Geistlichkeit mit welchem freylich der B. Minister Stapfer nicht im allgemeinen verglichen werden soll, in der *a. D. B.* (B. 114) einer unpartheyischen Kritik unterworfen. Der andern hier angeführten Schriften wollen wir zur Ersparung des Raums um so kürzere Erwähnung thun.

N. 1 gab die Veranlassung zu der Stapferschen Schrift. Nach dem Sturze von Laharpe und Consorten und der Erwählung des nun auch schon wieder aufgelösten Vollziehungsausschusses, hoffte die helvetische Geistlichkeit wieder bessere Zeiten; Laharpe hatte in Ansehung des Christenthums franz. Grundsätze und soll einmal den Minister St., als dieser bey dem Directorium einen Vortrag seines Departements zu thun hatte, gefragt haben: ob er in Sachen des Unglaubens (der Wissenschaften) oder des Aberglaubens (der Religion) etwas vorzutragen habe; auch war es noch unter Laharpe, daß die Regierung zur Tagesordnung gieng, als Stapfer 1) gegen die Anstellung des Beckers Wezel zum Pfarrer, Vorstellungen machte. Von dem neuen Regierungsausschusse dachte man be-

1) *S. Theologische Nachrichten* Nr. 31.